

„NACHRÜSTUNG“ VERHINDERN ATOMARE WAFFEN ÄCHTEN RÜSTUNGSEXPORTE STOPPEN

Vor fast 60 Jahren entwickelten sich die Ostermärsche gegen die atomare Aufrüstung, zuerst in Großbritannien und dann in der Bundesrepublik Deutschland (West). In den 1980iger-Jahre wurden Aktivitäten über die Osterfeiertage Teil der Friedensbewegung gegen die „Nachrüstung“ mit der Stationierung von Pershing-II-Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern. Mit diesen Waffen war das Szenario eines begrenzten Atomkrieges technisch möglich geworden. 1987 schien diese Gefahr mit dem Washingtoner Vertrag (INF) über nukleare Raketensysteme mittlerer Reichweite (ca. 2 000 Kilometer) gebannt. Landgestützte Mittelstreckenraketen beider Seiten (NATO mit der damaligen Sowjetunion) wurden verschrottet. Nun ist dieser Konflikt wieder da. Seit 15 Jahren schon redet der russische Präsident Putin davon, dass der INF-Vertrag obsolet sei. Der Streit zwischen der NATO und der Russischen Föderation über die neuen russischen 9M729 (im Westen SSC-8 genannten) atomar bestückbaren Kurzstreckenraketen führte mittlerweile zur gegenseitigen Kündigung des vernünftigen Vertrages von 1987. Gleichzeitig haben die in der NATO zusammengeschlossenen Regierungen im Juli 2018 auf Druck des US-Präsidenten und Rüstungslobbyisten Trump bekräftigt „nach-

zurüsten“ und bis 2024 ihre Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent ihrer jeweiligen Wirtschaftsleistung anzuheben. Die „America first!“-Ökonomie muss noch mehr Waffen verkaufen. Derzeit liegen die deutschen Verteidigungsausgaben bei 1,2 % des Bruttoinlandsproduktes. Es ist klar, dass CDU/CSU und SPD lieber von 2 Prozent sprechen, als die absolute Zahl in den Mund zu nehmen: es geht um jährlich 80 Milliarden Euro. Mittlerweile hat sich die „Große Koalition“ auf 1,5 Prozent „verständigt“, was immer noch sinnlose Ausgaben von 60 Milliarden Euro jährlich bedeutet.

Die aktuelle, gut inszenierte Aufrüstungskampagne jammert über den technischen Zustand der Bundeswehr, der aber mehr mit Verschwendung, fehlgeschlagener Modernisierung und selbstzerstörerischer Bürokratie als mit zu wenig Geld für das Militär zu tun hat.

MILLIONEN FLIEHEN VOR KRIEG UND KLIMAKRISE

Millionen Menschen fliehen vor den Folgen der Klimaveränderung, politischer Unterdrückung und Kriegen wie in Syrien, dem Osten der Ukraine und in Afrika nach Europa. Bündnis 90/Die GRÜNEN drängen deshalb



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREIS LIMBURG-WEILBURG

darauf, zivile Krisenvorsorge in den Mittelpunkt der Außenpolitik zu stellen, sich für echte Abrüstung einzusetzen und die Lieferung von Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete absolut zu unterbinden. Wer für Frieden eintritt, darf über Kriege, wie ihn die Russische Föderation in der Ostukraine und in Syrien mit führt und fördert, nicht schweigen. Autoritäre Regierungen und die Missachtung von Menschenrechten und Demokratie sind der Treibstoff für militärische Aggression. Das Bruttoinlandsprodukt der Russischen Föderation liegt auf dem Niveau der Volkswirtschaft Spaniens. Nicht nur deswegen ist ihre Aufrüstung unverhältnismäßig.

GRÜNE POLITIK STEHT FÜR FRIEDEN, ABRÜSTUNG UND KOOPERATIVE SICHERHEIT

Grüne Friedenspolitik zielt darauf ab, durch politisches Handeln Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen und die geflüchteten Opfer von Krieg und Unterdrückung zu beschützen. Die Achtung von Menschenrechten muss deswegen real im Rüstungsexportkontrollgesetz verankert werden. Solange es gesellschaftlich nicht möglich ist, Aufrüstung komplett zu unterbinden, bleibt grüne Politik in der Pflicht, konkret einzugreifen, und tut das auch.

GRÜNE FRIEDENSPOLITIK fordert vor allem:

- ✓ Ächtung und das Verbot sämtlicher Atomwaffen
- ✓ Verbot von Investitionen in völkerrechtswidrige Waffen wie Landminen und Streumunition
- ✓ Ein Zusatzprotokoll zur Verhinderung von Letalen Autonomen Waffensystemen (LAWS)
- ✓ Keine Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr
- ✓ Kein neues Wettrüsten, um zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes jährlich ausgeben zu wollen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN LIMBURG-WEILBURG fordert deshalb die Bevölkerung im Sinne dieses Aufrufs auf, an der Kundgebung und der anschließenden Demonstration teilzunehmen.

WANN: SAMSTAG, 20. April 2019 | 11.00 Uhr

WO: Bahnhofsvorplatz in Limburg/Lahn